

Rede des Stadtrates Herr Swen Knöchel, Fraktion DIE LINKE., zur Verabschiedung der Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2012 sowie des Beteiligungsberichts über das Jahr 2010 der Stadt Halle

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren,

sicher erinnern Sie sich noch an unsere Sitzung am 14. Dezember 2011. Die Stimmung war wenig adventlich, aber es gab Pakete - Pakete der Oberbürgermeisterin mit dem Haushaltsplan 2012. Es hatte doch was von Bescherung, als hier die Entwürfe verteilt wurden. Doch beim genaueren Hinsehen, konnte sich, so glaube ich, keiner in diesem Raum des Eindrucks erwehren, dass beim Überraschungspaket irgendetwas fehlt.

Und es fehlte tatsächlich vieles: die Eröffnungsbilanz, der Investitionsplan, der Finanzplan sowie fast vollständig alle Untersetzungen zu den einzelnen Produkten. Auch fehlte der Haushaltsausgleich. Das überraschte niemanden, die Situation in Halle ist bekannt - ich komme gleich darauf zu sprechen.

Das Defizit im ersten Entwurf betrug 29,5 Millionen Euro, das überraschte in der Tat. Die Verwaltung legte dem Haushalt eine Liste bei, in der sie ihre Vorschläge für Kürzungen vortrug, insgesamt 17 Millionen Euro lang und so unrealistisch, wie der Haushalt unvollständig war.

Das blieben die Konstanten der Haushaltsberatungen: mangelnder Realismus und unvollständige Unterlagen. Das Prinzip Hoffnung dominierte. So sollten die fehlenden Unterlagen, vor allem der Finanzplan, vorgelegt werden. Deshalb wurden die Beratungen im Januar und Februar verschoben und begannen richtig erst im März. Immer noch ohne Finanzplan, der wurde erst vergangenen Mittwoch auf den Tisch gelegt. Wer ihn gesehen hat, wusste, warum er dem Rat so lange vorenthalten wurde.

Dennoch möchte ich mich zu Beginn dieser Rede bedanken, bedanken bei den Kolleginnen und Kollegen aller Dezernate, die sich in den vergangenen Wochen redlich bemüht haben, die Haushaltsberatungen zu begleiten, die notwendigen Unterlagen herbeizuschaffen und die erforderlichen Angaben zu machen. Dank deshalb an alle Mitarbeiter der Stadtverwaltung, die im Finanzausschuss oftmals spät abends noch Rede und Antwort standen.

Dank vor allem an Frau Beßler, die vor der schweren Aufgabe stand, die Haushaltsberatungen zu protokollieren, nachzubereiten und dafür zu sorgen, dass wir hier heute etwas Beschlussfähiges auf dem Tisch haben. Es ist gelungen. Vielen Dank.

Und ich möchte mich auch bei allen Kolleginnen und Kollegen bedanken, die im Finanzausschuss diese Beratungen geführt haben, es wird allzu oft vergessen, dass Stadträtinnen und Stadträte ein Ehrenamt wahrnehmen. Und Dank dem Vorsitzenden, der versucht hat, uns da ein Stück durch zu geleiten.

Wir befinden heute über einen beratenen Ergebnisplan, dessen Defizit 11,5 Millionen Euro beträgt und hoffen, dass er von der Kommunalaufsicht mit Nachsicht betrachtet und nicht beanstandet wird.

Hoffnung, das war das Prinzip dieser Haushaltsberatungen. Viel Hoffnung steckt auch in den heute zu verabschiedenden Einzelplänen.

Meine Fraktion hätte sich weniger Hoffnung, denn einen seriösen Haushalt gewünscht. Vergessen wir nicht, dieses Ergebnis war möglich, weil die Kürzungen des Landes nicht so schlimm wie gedacht ausfielen, wir uns in einer Hochkonjunkturphase befinden und die Steuereinnahmen reichlich sprudeln und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung durch die permanente Unterbesetzung ihren Beitrag zum Ergebnis leisten.

Das Finanzausgleichsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt führte nicht zu den Kürzungen, die noch im Herbst 2011 befürchtet wurden, im Gegenteil. Bei der allgemeinen Zuweisung bekommt Halle mehr, genau wie bei der Auftragskostenerstattung.

Eine große Unbekannte sind jedoch die Zuweisungen für die Grundsicherung für Arbeitssuchende sowie die Sozialhilfe - hier liegt noch keine Festsetzung des Landes vor. Im vergangenen Jahr bekam Halle dafür 19,5 Millionen Euro. Fraglich ist wie hoch der Landesanteil in diesem Jahr sein wird.

Gekürzt, und das ist für Halle besonders schmerzlich, wurde bei der Investitionspauschale. Hier fehlt der Stadt das Geld, um dringende Investitionen durchzuführen. Das Land hatte sich entschlossen, statt nach Steuerkraft wie bisher, nun nach Einwohnern und Fläche zu verteilen. Wir halten das für falsch, denn Zweck einer Investitionspauschale des Landes ist es doch, die betreffende Gemeinde in die Lage zu versetzen, an die Leistungsfähigen Anschluss zu finden. Wenn aber die Leistungsfähigkeit keine Rolle spielt, sondern nur die Frage wie groß eine Gemeinde ist, dann hat der Gesetzgeber sein Ziel verfehlt.

Vor wenigen Tagen war der Finanzminister in Halle und ging mit der Erkenntnis hausieren, dass Halle zu wenig Geld aus dem Finanzausgleich des Landes erhalte, dies sei jetzt durch ein Gutachten bestätigt. Dem historisch Interessierten dürfte bekannt sein, dass es ein solches Gutachten bereits 2009 gab, das die gleiche Erkenntnis beinhaltet. Dieses verschwand in der Schublade des Innenministers. Hoffen wir, dass dem gestern vorgestellten Gutachten nicht gleiches widerfährt.

Ein Großteil der Aufgaben unserer Stadt ist durch Bundes- oder Landesgesetze bestimmt. Deshalb und nicht weil es dem Rat an Sparideen mangelt, ist ein angemessener Ausgleich dieser Lasten zu fordern.

Ich fordere daher die Oberbürgermeisterin auf, die im vergangenen Herbst gezeigte Passivität zu überwinden und aktiv in dem jetzt stattfindenden Gesetzgebungsprozess die Standpunkte Halles einzubringen. Ich war zugegebenermaßen überrascht, im Anhörungsverfahren zum Finanzausgleichsgesetz keine Stellungnahme der Stadt Halle bekommen zu haben. Es ist wichtig, zu sagen, was unsere Stadt braucht und was ihr nach unserer Landesverfassung auch zusteht. Wichtig, Frau Oberbürgermeisterin, ist aber auch, dass es an der richtigen Stelle gesagt wird. Bitte nehmen Sie deshalb den Ratsbeschluss ernst und fordern Sie im anstehenden Gesetzgebungsverfahren das ein, was für unsere Stadt notwendig ist.

Aber nicht nur beim Finanzausgleichsgesetz ist das wichtig. Ein großer Teil in unserem Haushalt ist der Bereich Kultur. Auch hier finden im Moment im Land Beratungen statt, wie mit dem Geld in Zukunft umgegangen wird. Hier ist es ganz wichtig, auch wenn wir als Stadt selber in diesem Kulturkonvent nicht vertreten sind, dass wir uns mit unseren Positionen einbringen und klar machen, welchen Beitrag Halle damit auch für das Umland und für die Region leistet.

Ein drittes Gesetz, was ich für ganz wichtig halte, dass sich die Stadt Halle einbringt, ist das zur Zeit in der Novellierung befindliche Kinderförderungsgesetz. In unserem Haushalt ist die Betreuung in Kindertageseinrichtungen mit 42 Millionen Euro, das sind fast 8 % der Gesamtausgaben, ein wichtiger Posten. Hier wollte die Verwaltung im Dezember 3,4 Millionen Euro einsparen, im April waren es noch 1 Million Euro. Die Aussage der Verwaltung lautete, diesen Beitrag könnten die Freien Träger erbringen.

In den haleschen Kita's werden zur Zeit 9.631 Kinder bis zum Schuleintritt betreut. Ihr Kürzungsvorschlag hätte bedeutet, pro Kind wären 360 Euro zu sparen gewesen. Wer die Realität in den Einrichtungen kennt, weiß, dass das nicht nur nicht geht, sondern völlig verfehlt ist. Also bringen Sie bitte die Arbeit der Stadt Halle in das Gesetzgebungsverfahren ein und machen Sie nicht solche albernem Vorschläge.

Ach ja, wo wir gerade bei albernem Vorschlägen sind. Und ich benutze das Wort albern, Herr Vorsitzender, nicht, um die Diskussion zu verschärfen, sondern um klar zu machen, dass entgegen der Pressedarstellungen, der Stadtrat die Vorschläge der Verwaltung in den Haushaltsberatungen geprüft und sie nicht wegen fehlendem Sparwillen, sondern zum Teil wegen fehlender Seriosität und zum Teil wegen schlichter Nichtmachbarkeit nicht umsetzen konnte.

Auch wenn die Oberbürgermeisterin der Auffassung ist, dass Verträge nur Papier seien, wissen fast alle in diesem Raum, dass Verträge etwas sind, was einzuhalten ist. Das betrifft vor allem die Vorschläge aus Ihrer Liste vom Dezember, die bestehende Verträge berühren, genannt seien hier die Kürzungen:

300.000 €	Theater, Oper und Orchester GmbH
150.000 €	Händelhaus
30.000 €	Händelhalle

Fast eine halbe Million Euro, die nie umsetzbar war, aber in der öffentlichen Wahrnehmung die Stadt Halle in ein schlechtes Licht rückten.

Dann die Kürzungsvorschläge, in denen offenbar wurde, dass die- oder derjenige, der sie aufgeschrieben hat, den eigenen Haushaltsplan nicht kannte, da gekürzt werden sollte, was schon gekürzt war, zum Beispiel der Zuschuss an die BMA oder bei der Kinder- und Jugendhilfe.

Andere Versuche in der Einsparliste waren dann der Versuch das Kind mit dem Bade auszuschütten. Ich erinnere an den Vorschlag mit der Oberburg Giebichenstein. Sie sollte gänzlich für den Besucherverkehr geschlossen werden. Ein Ort, wo viele Touristen, viele Besucher unserer Stadt hingehen. Ich denke, der Vorschlag, der sich jetzt in den Haushaltsberatungen ergeben hat, den sollten wir probieren, der ist sinnvoll und tragfähig.

Dann die ganz verrückten Vorschläge, erinnert sei an den Sportbereich. Da wollten Sie Frau Oberbürgermeisterin, gern 1,1 Millionen Euro sparen. Zum einen sollten die Vereine 500.000 Euro weniger erhalten, zum anderen sollten sie 610.000 Euro noch in diesem Jahr für die Nutzung der Sportanlagen zahlen. Haben Sie jemals an die Machbarkeit Ihres Vorschlages geglaubt?

Die Bereitstellung der Sportanlagen soll aufgrund eines Gesetzes kostenlos an die Vereine erfolgen. Der Gesetzgeber hatte dabei sicher nicht die Haushaltsnöte Halles vor Augen. Denn sie sind nicht nur zur Verfügung zu stellen, sondern sie müssen ja auch unterhalten werden.

Deshalb, und meine Fraktion begrüßt das auch, haben sich die Vereine bereiterklärt, mit der Stadt über einen Beitrag zu den Betriebskosten zu verhandeln, damit trotz der Finanzsituation die Sportanlagen für den Trainingsbetrieb in einem vernünftigen Zustand gehalten werden können. Doch statt gezielt zu verhandeln, werden durch die Ausschüsse Traumzahlen verkündet und an diesen festgehalten. Die Energie, die Sie da aufgebracht haben, wäre an anderer Stelle angebracht gewesen.

Der Haushalt enthält zahlreiche Hypothesen, auch hier heute schon angesprochen. Ich erinnere an die Beträge für die Straßeninstandsetzung, für die Kinderspielplätze, wo der Einsparvorschlag nicht mehr berücksichtigt hat, es schon ein bestimmtes Vertragsvolumen gab, was hätte finanziert werden müssen und mit dem Haushaltsansatz nie hätte finanziert werden können. Oder aber die Frage der Friedhofspflege, die natürlich mit den gekürzten Ansätzen immer eine Hypothek auf die Zukunft sind. Denn irgendwann müssen wir das Geld ausgeben.

Aber das ist auch symptomatisch für die Zusammenarbeit im Stadtrat, ob Schulentwicklungsplanung, Sozial- oder Kulturangelegenheiten oder die Franzigmark, die Oberbürgermeisterin kämpft an Nebenkriegsschauplätzen, statt sich auf das Wesentliche zu konzentrieren. Da wird um ein paar tausend Euro verbissen gekämpft, z. B. Schulentwicklungsplanung, Schul-, Sport-, Kulturangelegenheiten, und die Millionenbeträge links liegen gelassen.

Exakt 1,3 Millionen Euro, Frau Oberbürgermeisterin, das sind die Einnahmeverbesserungen, die durch unsere Fraktion in diesen Haushalt eingebracht wurden. Und wir haben nicht gezaubert oder getrickst, sondern lediglich nach den IST-Zahlen des Vorjahres gefragt. Eine einfache Technik, die man bei der Aufstellung eines Haushaltes normalerweise berücksichtigt.

Wir mussten feststellen, dass viele Zahlen auf den Prognosen aus dem Monat August beruhen. Ich erinnere an meine Eingangsbemerkung, der Haushalt wurde in letzter Minute am 14.12. verteilt, sequenzweise musste man aber in den Beratungen annehmen, dass er nicht bearbeitet wurde, sondern von August bis Dezember in irgendeinem städtischen Büro reifte.

Denselben Eindruck konnte man bezüglich der Doppik bekommen, das eigentlich Neue an diesem Haushalt. DIE LINKE hat die Einführung des neuen Haushaltsystems immer positiv kritisch begleitet. Wir sehen in einer auf Bilanz und Kostenleistungsrechnung beruhenden Stadtverwaltung durchaus einen Fortschritt in der Betrachtung öffentlicher Finanzen.

Wir hatten übrigens nie die Illusion, dass sich mit dem neuen Rechnungslegungssystem das Geld auf wundersame Weise vermehre. Nein, 1 plus 1 bleibt 2 und null mal eine Million bleibt nun mal null. Die Chance hätte darin bestanden, nun auf einen Blick zu sehen, was da ist, was wir brauchen und wie wir zukünftig an die Sache herangehen. Als jemand, der mit dem kaufmännischen Rechnungswesen vertraut ist, ist mir das Wort Bilanzpolitik natürlich ein Begriff.

Halle hat sich entschieden, Politik ohne Bilanz zu machen. Das ist zugegebenermaßen unklug. Herr Bürgermeister, seit fast 10 Jahren spricht Halle von der Umstellung des Rechnungswesens. Mir ist klar, dass die Probleme dann auftreten, wenn aus der Theorie Praxis wird. Sie sprachen von technischen Problemen und das glauben wir Ihnen.

Es ist aber unmöglich, eine Abschreibungssumme von 30 Millionen Euro ohne das dazugehörige Anlagevermögen politisch zu bewerten. Wir hätten uns zumindest gefreut, wenn Sie wenigstens die Grundlagen der in den Ergebnisplan eingepflegten Abschreibungen dargestellt hätten, auch andere Bilanzposten, die klar sind, hätten dargestellt werden müssen. So musste man aus der Zeitung entnehmen, wie hoch die Außenstände der Stadt sind. Besser wäre es gewesen Sie hätten das im Finanzausschuss dargestellt.

Zum anderen gehören natürlich auch zu diesem neuen Rechnungswesen Überlegungen, wie die Kostenleistungsrechnung. Da gehört eben dazu, dass ich nicht nur überlege, wie viel Geld habe ich ausgegeben, sondern was tue ich, in welcher Reihenfolge tue ich das, also die klassischen Daten einer Kosten- und Leistungsrechnung. Und die fehlten fast komplett und wir mussten sie in den Haushaltsberatungen regelmäßig erfragen. Das, denke ich, ist dem Umstand geschuldet, dass es das erste Mal war. In dem Haushalt 2013 wird das mit Sicherheit anders aussehen.

Ein Haushalt kann nach unserer Überzeugung aber nur dann gelingen, wenn er die strukturellen Überlegungen enthält, die für die Entwicklung der Stadt vonnöten sind. Macht dieser Haushalt aber nicht, er ist nach dem Prinzip aufgestellt, wir machen alles wie immer und wenn es dafür nicht reicht, dann kürzen wir halt. Das trägt nicht und wird jedes Jahr aufs Neue die Frage aufwerfen, wo gekürzt werden soll.

Allzu oft wird vergessen, dass ein Haushalt in Zahlen gegossene Politik ist. Ich will das an einem Beispiel verdeutlichen. Frau Oberbürgermeisterin, Sie kennen es sicher noch aus Ihrer Zeit, wo Sie die Aufgaben wahrgenommen haben, an denen sich heute Herr Kogge versucht - die Hilfen zur Erziehung. Erinnern Sie sich, wegen Ihres Kürzungsvorschlages musste damals ein Amtsleiter gehen.

Die Stadt Halle hat 2011 dafür Millionen Euro ausgegeben, sie ist mit diesem Problem nicht allein, auch Magdeburg hat es in dieser Dimension. Trotzdem plant die Stadt Halle in den kommenden 3 Jahren, hier 12 Millionen Euro zu sparen, die Fallzahlen, besonders die für die Heimerziehung und Tagespflege steigen stetig. 24 Millionen Euro stehen dafür im Etat.

Stellt sich nun die Frage, wie man unter den ungünstigen sozialen Rahmenbedingungen - in Halle leben über 9.000 Kinder im Leistungsbezug und leben damit in Armut oder sind armutsgefährdet - dieses Problem angeht. Die Antwort der Verwaltung war - gar nicht.

Hier im Stadtrat antwortete die Oberbürgermeisterin auf eine Bürgerfrage einmal, sie habe den Glauben verloren, dass man mit Jugendarbeit präventiv diesen teuren Eingriffen des Jugendamtes vorbeugen könne. Vielleicht ist das nicht falsch. Jugendarbeit hat auch nicht diese Funktion, sie ist eine Pflichtaufgabe nach dem SGB VIII und ist ein Angebot an alle Jugendlichen.

Aber Prävention macht Sinn und spart ggf. auch Geld. Die Frage ist nämlich die, wann die Intervention erfolgt. Ich denke Schulsozialarbeit ist eine problemorientierte Form, die eine frühe Diagnostik ermöglicht.

DIE LINKE begrüßt daher den Ausbau der Schulsozialarbeit über das Bildungs- und Teilhabepaket. Wichtig ist auch, dass das Jugendamt frühzeitig intervenieren kann. Dafür gibt es den Allgemeinen Sozialen Dienst. Dort waren im vergangenen Jahr 12 Stellen unbesetzt, was zu einer Überlastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter führt, was dazu führt, dass das Jugendamt nur noch reagieren kann, wenn das Kind im Brunnen liegt, nur noch mit solchen Maßnahmen reagieren kann, die sehr teuer sind.

Ich freue mich zu hören, dass dieser Missstand in den nächsten Wochen abgestellt wird. Für das Problem der Hilfen zur Erziehung braucht es eine Strategie. Genau die vermisse ich. Die Folge sind 24 Mio. Euro im Haushalt und mit Sicherheit keine Einsparungen in den kommenden Jahren.

Der Haushaltsplan 2012 drückt eines aus - wir haben ein Jahr verloren. Dass wir ihn, Herr Bürgermeister, heute dennoch beschließen können, verdanken wir dem Umstand, dass die Kürzungen des Landes nicht so schlimm ausfielen und sich die Steuereinnahmen deutlich verbessert haben. Sie sind sozusagen Herr Geier im Glück.

Unsere Fraktion wird den Haushaltsplan nicht ablehnen. Für den Fall, dass er unverändert bleibt, werden wir ihm mehrheitlich zustimmen. Nicht weil er so gut ist, sondern weil Halle einen Haushalt braucht, weil das Jahr 2011 gezeigt hat, was in einer Stadt alles passiert, wenn sie keinen Haushalt hat; die Beispiele haben meine Vorredner hier gebracht. Wir tun das nicht mit Begeisterung, aber mit dem Wissen, um die Verantwortung für unsere Stadt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.